

(Georg Gregull [CDU])

- (A) Es scheint heute modern zu sein, das Wohl der Pflegebedürftigen - insbesondere das Wohl der älteren Pflegebedürftigen - zur Disposition zu stellen. Der Abbau in verschiedenen Bereichen, auch hier in Nordrhein-Westfalen, ist allenthalben greifbar. Ich nenne die Ökosteuern, die natürlich von Bonn produziert worden ist. Das belastet die älteren Menschen und die Rentner.

(Walter Grevener [SPD]: Wieso das denn?)

Ich erwähne die Rentenkürzungen, die Sie heute in Bonn verkünden wollen und über die die Regierung einen Beschluß fassen soll. Das ist ein schwarzer Tag für die Rentner in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei der CDU)

Hier in Nordrhein-Westfalen gibt es Anzeichen, die ich Ihnen auch nicht vorenthalten will. Da ist zum einen der Ausstieg aus den komplementären Diensten. In dem Zusammenhang werden Sie immer wieder versuchen, Wege zu finden, um sich aus diesem Bereich zu verabschieden. Wir werden dafür sorgen, daß das nicht unbemerkt geschieht.

- (B) Zum anderen wird seit neuestem wieder einmal die "Stiftung Wohlfahrtspflege" zur Disposition gestellt, wo man sich die Mittel, die für die Älteren und die behinderten Menschen gedacht sind, für andere Zwecke an Land ziehen möchte. Meine Damen und Herren, das halte ich für unverantwortbar.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Was sind das für Begriffe, die Sie da verwenden!)

- Herr Ministerpräsident, wenn die Ihnen nicht passen, ist mir das egal.

(Unruhe - Zuruf des Daniel Kreutz [GRÜNE])

- Herr Kreutz, Sie sollten sich lieber einmal an das erinnern, was Sie hier in der Vergangenheit gefordert haben, statt herumzuschreien. Vielmehr sollten Sie dort antreten, wo Sie etwas tun können, nämlich im Landtag von Nordrhein-Westfalen, wo Sie sich in der Koalition befinden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest, so daß ich die Aktuelle Stunde hiermit schließen kann.

Ich rufe auf:

(C)

**2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4200

erste Lesung - Einbringung

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 12/4201

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000**

(D)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4202

erste Lesung - Einbringung

Zur Einbringung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung erteile ich Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

**Heinz Schleißer**, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Jahres 2000 ist der letzte Etat der 12. Legislaturperiode. In den zurückliegenden fünf Jahren waren die haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungsspielräume des Landes wie schon in der ersten Hälfte des Jahrzehnts durch die äußeren Rahmenbedingungen eng begrenzt.

Wir blicken auf einen Zeitraum zurück, der für die öffentliche Hand insgesamt finanzpolitisch unbe-